

se zu: teure Fußböden Marke „Wehra“ für den feinen Haushalt, die Billig-Marke „Febolit“ für Discount-Läden. Mitelprächtiges verkauft Vogel unter dem Stammmamen „Pegulan“ über den Fachhandel.

Seine Verkäufer trieb Vogel an, die Abnehmer ständig mit neuen Produkten auf Trab zu halten: „Früher sahen die uns alle zwei Jahre, jetzt haben wir ewig was Neues.“

Beim Durchstöbern des Ries-Imperiums fand Vogel eine schwäbische Filiale, die Plastikimer und Bierkästen preßte. Kurzerhand wurde die Produktion umgestellt: Gepreßt wird immer noch, aber inzwischen Kunststoff-Teile für die Autoindustrie. Und da immer mehr Teile am Auto aus Kunststoff sind, floriert das Geschäft trotz Auto-Flaute.

Zuweilen hat der emsige Chef, der „seit elf Jahren jeden Tag zwölf Stunden“ arbeitet, auch Glück. Per Zufall entwickelten Pegulan-Techniker ein Verfahren, wie sich PVC-Fußböden ohne Asbest in Form halten lassen. Kurz darauf verbot der Bonner Innenminister Gerhart Baum den krebserregenden Stoff im Fußboden: Pegulan-Mann Vogel war als erster mit dem neuen Produkt am Markt.

Eine glückliche Fügung verhalf Vogel zu einem angenehmen Großaktionär. Seit dem Rückzug von Ries hielten die kreditgebenden Banken gut 50 Prozent des Pegulan-Kapitals; es diente ihnen als Sicherheit für die Schulden des ausgeschiedenen Patriarchen. Als ruchbar wurde, daß die Pegulan-Mehrheit zu haben war, meldete sich neben allerlei „komischen Leuten, die zu Geld gekommen waren“ (Vogel), auch ein überaus seriöser Geldgeber: die Zigarettenfabrik British American Tobacco (BAT).

Die Londoner Firma hatte eine Untersuchung über die Märkte der Zukunft angestellt und war dabei auf den Heimausstatter Pegulan gestoßen. In schwierigeren Zeiten, so die schlüssige Analyse, würden die Menschen sich mehr in ihre vier Wände zurückziehen und daher auch dort mehr Geld ausgeben. Für rund 46 Millionen Mark kaufte die deutsche BAT-Holding Interserva die Pegulan-Mehrheit.

So ein gutes Geschäft, das stellte sich bald heraus, machen auch Zigarettenhersteller nur selten. Aus dem maroden Unternehmen, das Mitte der siebziger Jahre mit 2400 Werkträgern nur knapp 300 Millionen Mark Umsatz erwirtschaftete, machte Vogel einen strammen Konzern mit über 5000 Beschäftigten und mehr als 800 Millionen Umsatz. Mit zwei Firmen-Zukäufen, die offiziell der Interserva gehören, aber zum Pegulan-Sortiment zählen, setzt Vogel inzwischen mehr als eine Milliarde Mark um.

Und neuerdings tut der allseits Gelobte, der inzwischen auch im Interserva-Vorstand sitzt, noch Gutes. Als Esther Vilar über die Leiden der alten Menschen referierte, „ist uns was eingefal-

len“. Vogel handelte für die betagten Pegulan-Beschäftigten mit dem Betriebsrat einen gleitenden Abgang in die Rente aus. 60jährige („Damen und Behinderte mit 58“) können statt acht Stunden täglich nur sechs arbeiten und bekommen sieben Stunden bezahlt. Mit 63 Jahren läßt sich die Arbeitszeit auf vier Stunden reduzieren, bezahlt werden sechs.

Das, so findet Vogel in einer Mischung aus Spott und Manager-Kauderwelsch, „ist gut für die Sozialhygiene des Betriebs und das Corporate image“.

Damit das Image auch im örtlichen Unternehmerzirkel wieder in die Reihe kommt, ist ein unverdächtiger Gast zu den „Frankenthaler Gesprächen“ eingeladen: der rechtsgewirkte Otto von Habsburg. Aber dann kommt auch bald Erhard Eppler.

BIER

Strenge Bräuche

Den bundesdeutschen Bierbrauereien droht Verdruss: Der Europäische Gerichtshof könnte das heimische Monopol knacken.

Die Lage ist so ernst, daß Franz Josef Strauß einen alten Freund um Beistand ersuchte.

Per Brief beschwor Bayerns Ministerpräsident Ende letzten Jahres den Bonner Kanzler Helmut Schmidt, „alles zu tun“, um Schaden von deutschem Bier abzuwenden.

Gefahr droht dem deutschen Lieblingsgetränk, von dem die Bundesbürger pro Kopf und Jahr 147 Liter in sich hineinschütten, aus dem Westen. Die

Brüsseler EG-Kommission, warnte Strauß den Kanzler, plane die „Aufhebung des Reinheitsgebotes“: In der Bundesrepublik darf laut Gesetz zur Bierherstellung „nur Malz, Hopfen, Hefe und Wasser verwendet werden“.

Auf diese Vorschrift lassen die 1300 bundesdeutschen Biersieder, von denen die Mehrzahl in Bayern braut, nichts kommen. Denn mehr als dem reinen Bier und dem Schutz der Verbraucher, wie die Brauer gern behaupten, dient das Reinheitsgebot vor allem dem Eigeninteresse der Bierfabriken: Es hält ihnen lästige Billigkonkurrenz aus dem Ausland vom Hals. Ausländer, die ihr Bier nicht nach den strengen deutschen Bräuchen brauen, dürfen es hierzulande nicht verkaufen.

Die Reinheitsklausel, die der Bayern-Herzog Wilhelm IV. anno 1516 zum Schutze seiner Untertanen erließ, ist aber jenseits der deutschen Grenzen völlig ungebrauchlich.

Fremdländische Bierhersteller verwenden statt teurer Brauerste auch billigeren Reis oder Mais. Überdies verringern viele ausländische Braustätten die Produktionskosten, indem sie die Zutaten roh in die Sudpfanne schütten, statt sie erst, wie die deutschen Brauereien, sorgfältig zu rösten. Die Rohfrucht, rauen die Deutschen, müsse mit chemischen Konservierungsmitteln wie zum Beispiel Ascorbinsäure versetzt werden.

Die fremden Braustätten müßten erst ihre Produktion umrüsten, um in der Bundesrepublik Bier verkaufen zu können. Da nahezu alle ausländischen Hersteller die zusätzlichen Kosten scheuen, wirkt das Reinheitsgebot wie eine Art Schutzzoll.

Im Vertrauen auf die einträgliche Regelung bauten die Deutschen imposante



Bierfreunde Strauß, Ertl: Den Kanzler um Beistand gebeten

Braustätten auf. In dem hochmodernen Friesischen Brauhaus in Jever zum Beispiel, das vor Reinheit nur so strotzt, ummantelt Spiegelglas die 27 Meter hohen Gärtanks.

Nun aber müssen die Deutschen fürchten, daß billige Auslandsbiere die teuren Investitionen gefährden. Diskrete Schutz-Zölle wie beim Bier dürfen innerhalb der EG nicht sein: Artikel 30 des EG-Vertrags verbietet derartige Handelshemmnisse. Europäische Konkurrenten haben sich inzwischen über die Deutschen beschwert. In diesem Jahr, meldete EG-Kommissar Karl-Heinz Narjes besorgt in die Heimat, wird wahrscheinlich der Europäische Gerichtshof über den Streit entscheiden.

Der Ausgang des Prozesses ist nicht zweifelhaft. Nach Landesrecht hergestellte Erzeugnisse, so hat das Gericht bisher stets befunden, müssen auf den Märkten aller Mitgliedsstaaten zugelassen werden.

Nur Gesundheitsbedenken, wenn sie begründet sind, berechtigen zu Einfuhrbeschränkungen. Darauf setzt jetzt die bundesdeutsche Bier-Lobby alle Hoffnung und verbreitet mit Fleiß, der Rohfruchtsud der EG-Kollegen enthalte allerlei giftiges Zeug.

So warnte auch Franz Josef Strauß davor, mit der Freigabe der Importe „der Chemie Tür und Tor zu öffnen“. Die Folgen, behauptet er, wären „äußerst bedenklich“.

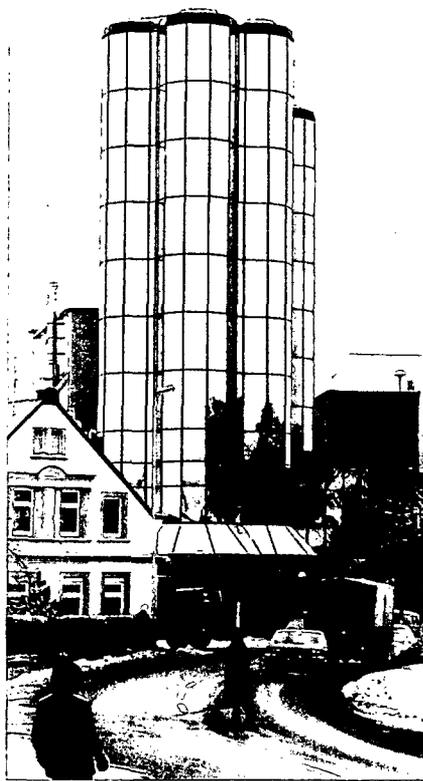
Die in Bonn ansässige Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher, die den deutschen Bierkonsumenten durchaus vor Schaden bewahren möchte, sieht das anders: „Verbraucherschutz wird nur vorgeschoben, um Eigeninteressen durchzusetzen.“

Auch auf die EG-Kommissare macht der deutsche Reinheitsmythos wenig Eindruck. Die Brüsseler wissen nämlich, so gab Bundesernährungsminister Josef Ertl zu bedenken, daß „auch in der Bundesrepublik Bier, das für die Ausfuhr bestimmt ist, unter Verwendung von Rohfrucht hergestellt werden darf und hergestellt wird“.

Für die deutschen Brauer eine mißliche Lage: Sie können sich nicht gut sagen lassen, daß sie giftiges Bier in fremde Länder verkaufen und den reinen Saft nur ihren Landsleuten aus-schenken.

Tatsächlich sind die hierzulande verkauften Biere nicht alle von jener schier Reinheit, die deutsche Brauer rühmen. Das Symbol allen Bieres, das tschechische „Pilsner Urquell“ zum Beispiel, dürfte nach dem Reinheitsgebot eigentlich gar nicht ins Land importiert werden, weiß Anton Klimm, Vorstandsvorsitzender des Münchner Hacker Pschorr Bräu.

Längst gehen auch die heimischen Reinheitsbrauer mit Chemikalien um. „In steigendem Maße“, berichtet Jörg Gromus von der Beck's Brauerei in Bremen, „setzen auch mittlere und kleinere



Friesisches Brauhaus in Jever
Mythos von der schier Reinheit

Betriebe verschiedene Stabilisierungsmittel ein.“

Die Mittelchen haben einen wichtigen Vorteil: Das Bier läßt sich billiger herstellen.

Um den Gerstensaft mit Naturprodukten wie Bentonit und Kiesegel zu klären und haltbar zu machen, kalkulieren die Brauer 30 bis 57 Pfennig je Hektoliter ein. Der chemische Werkstoff Polyvinylpolypyrrolidon leistet dasselbe für nur 4,6 Pfennig.

Findige Chemiefirmen drängen inzwischen ungeniert in den angeblich so reinen Markt. „Stabiquick-stabil, damit Sie Ihr Bier nicht wiedersehen“, wirbt ein Unternehmen in der Bier-Fachpresse. Die Harzer Gipswerke empfehlen sich den Sudhäusern mit dem Spruch: „Besseres Bier mit Braugips.“

Schon längst wird mancherorts das Brauwasser, dessen Güte nahezu jede Bierfabrik rühmt, durch allerlei Beigaben verfeinert. Mit verschiedenen Mineralsalzen oder schlichtem Kochsalz wird das Bier bereits in der Vorproduktion auf Geschmack gebracht.

Und bedenklicher als Ascorbinsäure im Rohfruchtbier sind nach Ansicht von Fachleuten jene krebserregenden Nitrosamine, die durch die gängige Hochtemperatur-Mälzerei ins Bier geraten. Als nicht minder übel gelten die gebräuchlichen Filter, die Asbestfasern ins Bier abgeben.

Franz Josef Strauß ließ in seinem Brief an den Kanzler erkennen, wie seine Sorge um den „Schutz der Bevölkerung vor chemischen Rückständen“ wirklich zu verstehen ist. Wenn die Reinheits-Barriere für Importbier fällt, barmte er, würde „der deutsche Markt von ausländischem Bier überschwemmt“.

LASTWAGEN

Bald wie 1974

In Europa und Übersee verloren die deutschen Lkw-Firmen scharenweise Kunden. Jetzt droht auf dem letzten einträglichen Markt, im Nahen Osten, neuer Ärger: Die Japaner kommen.

Deutsche Lastwagen, schwärmt Wilfried Lichte vom Vorstand des Augsburger Lkw-Konzerns MAN, „sind technisch einfach Weltspitze“. Das mag schon sein. Nur: Mit dem Verkauf klappt es nicht mehr so recht.

Auf nahezu allen Märkten, vor allem im Inland, sind die heimischen Lkw-Bauer in eine schwere Absatzkrise gerollt.

Ob Daimler-Benz oder MAN, VW oder Magirus-Deutz, aber auch ausländische Hersteller wie Ford oder Fiat – mit Ausnahme der Japaner klagen alle Produzenten von Kleinlastern und schweren Brummis über Verkaufsschlagen.

Um fast ein Fünftel, bei einigen Modellen sogar um ein Drittel und mehr, schrumpfte bis Oktober 1981 in der Bundesrepublik der Verkauf von Fernlastern und Omnibussen, Kippnern und Transportern. Auf einigen Auslandsmärkten, beklagte Bodo Dencker, Leiter des VW-Transporterwerks Hannover, „ist auch kaum was zu holen“.

Die flauen Geschäfte haben überall dieselben Ursachen: Wegen der schlech-



Daimler-Benz-Chef Prinz
„Höchst unbefriedigend“